A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 5. Mai 1926
Mittwoch Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Hasenheide 5970—5990. Postscheck: Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen:
Welt und Werk * Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr * Bild im Bilde.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—: :—:

65. Jahrgang
Nr. 207
5.5.a 10 Pfennig

Zum Tage.

Man kann sehr zweifelhaft sein, ob der Zeitpunkt richtig gewählt war, um eine Verordnung über die Flaggenfrage herauszubringen. Von vornherein mußte erwartet werden, daß eine starke Agitation darüber entstehen würde, angesichts des Zahlenabstandes in der Zirstenabstimmung eine sehr unerwünschte Verschärfung der innerpolitischen Gegensätze. Wenn aber auf der andern Seite die Parteipresse der Linken wieder einmal so ist, als ob die Republik vor dem Zusammenbruch stehe, wenn sie von einer Neuaufrollung der Flaggenfrage spricht, so sind das tendenziöse Uebertreibungen, die kaum ernst genommen werden können. Was ist denn beabsichtigt? Durch eine Verordnung soll den deutschen Vertretungen im Ausland gestattet werden, neben der schwarz-rot-goldenen Flagge auch die schwarz-weiß-rote Handelsflagge des Reiches mit der schwarz-rot-goldenen Gösch zu hissen. Die deutschen Kolonien in Uebersee haben nicht das geringste Verständnis für den Flaggenwechsel des Reiches und können sich dabei sogar auf maßgebliche Reichsminister berufen, die hervorragende Parteipolitiker und Presseorgane der Linken berufen. Bei jedem festlichen Anlaß sind die bedauerlichsten Konflikte zwischen den Gesandschaften, Konsulaten und den deutschen Kolonien entstanden. Gegenüber den amtlichen Vertretern des Reichs wurde oft eine ausgesprochene Kampfstellung eingenommen, die sich sogar auf das gesellschaftliche Gebiet übertrug und zu schweren Unzuträglichkeiten führte. Diesem unhaltbaren Zustand ein Ende zu machen, wurde die Reichsregierung von den auslandsdeutschen Kolonien und von den an der Ueberseeschiffahrt und dem Welthandel beteiligten binnendeutschen Kreisen eben so dringend gebeten, wie von den Chefs aller Missionen im Auslande ohne Unterschied der Parteistellung. Eine Verordnung, die sie jetzt beabsichtigt ist, hat gar nichts mit der prinzipiellen Entscheidung der Frage der Reichsflagge zu tun. Man könnte sogar sagen, daß sie den für schwarz-weiß-rot eintretenden Volksfreisen ein größeres Opfer zumutet als ihren Gegnern. Das Seltsamste aber ist, daß die Parteien nun plötzlich begannen, auch in Verwaltungsmaßregeln der durch sie gebildeten parlamentarischen Regierung hinein zu pfuschen. Wenn das Kabinett behauptet, bevor es eine Verordnung erläßt, erst die Zustimmung der Führer der jeweiligen Koalitionsparteien einholen müsse, dann wäre es jedenfalls nicht Sache der Regierer überhaupt vorbei. Das Kabinett hat die Verordnung einstimmig gutgeheißen. Der demokratische Innenminister Külz und der Reichsjustizminister Marx haben keinen Anlaß gehabt, ihre Zustimmung zu verweigern. Die unerwünschte der Augenblick dieser Auseinandersetzung erscheinen mag, so sicher ist es, daß dieses Verhalten der genannten beiden Minister auch ihre Parteien beruhigen könnte.

Rockefellers Millionengeschenk an Aegypten spitzt nun doch auf geheimnisvolle politische Schwierigkeiten. Es ist ja an sich ein ungewöhnlicher Vorgang, daß ein Staatswesen Leistungsbereite eine Regierung ein Geschenk angeboten erhält, das man früher fürstlich genannt hätte. Und das man heute nur mehr als amerikanisch milliardärhaft bezeichnen kann. Zehn Millionen Dollar will Herr Rockefeller der ägyptischen Regierung schenken. Das erfuhr man schon vor einigen Monaten. Dann hörte man von einem Schreiben des amerikanischen Botschafters an den König von Aegypten. Der Zweck der Spende war darin auseinandergesetzt. Es sollte dafür ein ägyptisches Museum gebaut und ein Fonds für seine Verwaltung gestiftet werden. Bauplänne, ausführende Architekten, alles wird von Amerika aus geliefert. Auf einer Altinsel bei Kairo sollten die Prachtbauten erstellt werden. Das alte ägyptische Museum, in dem die unschätzbaren Altertümer Aegyptens jetzt aufbewahrt werden, genügt in keiner Weise der Anforderungen der Zeit. Das neue Rockefeller-Museum sollte dann nach seiner Fertigstellung einer „ägyptischen Museumskommission" übertragen werden. Zu ernennen wäre diese Kommission von der ägyptischen Regierung. Mitglieder sollten sein: zwei Aegypter, zwei Amerikaner, zwei Engländer und zwei Franzosen. Die Verwaltung der Stiftungsfonds sollte in Händen von drei Amerikanern liegen. — An diesen Bestimmungen fällt auf, daß die Kommission der Wissenschaftler, der die Museumsverwaltung anvertraut werden soll, unerhörtlich eng nationalistische Grenzen zieht, so als ob die ägyptische Altertumskunde auf die alte Entente und Amerika beschränkt wäre. Die Aegypter wollens scheinen den Franzosen zu sagen, daß ihnen ihre Landesgeschichte sozusagen von den Amerikanern abgekauft werden solle. Sie zögern mit der Annahme der Dollarmillionen. Ja, es steht ganz so aus, als würden sie das angebotene Geschenk, über das sich in den übrigen Staaten schon viele Leute aufgeregt hatten, zurückweisen. Für die Wissenschaft, besonders ihren Zweig der ägyptischen Altertumskunde, ist es tief bedauerlich, daß sie auf die mächtige amerikanische Geldkiste verzichten muß. Andererseits ist auch die Sorge der heutigen Aegypter verständlich, daß sie nicht unter die Vormundschaft eines fremden Geldgebers geraten wollen, der seine Macht die Wissenschaft nicht frei zu halten verstehe von seiner einseitigen Bevorzugung für einzelne Nationalitäten.

---

kbg. **Wien**, 5. 5. (Eigenbericht).

Vor dem Rücktritt der polnischen Regierung Skrzynski, der sich bis morgen zu verzögern scheint, soll der Ministerrat noch einen Organisationsentwurf beratschlagen, der dem Feldmarschall Pilsudski den Wiedereintritt in die Armee gewährleistet. Es wird erwartet, daß die Sozialdemokraten mit der Regierungsbildung betraut werden, weil sie durch ihren Austritt die Kabinettskrise hervorgerufen haben.

San Salvador, 5. 5.

Der deutsche Kreuzer „Hamburg", der hier einen Besuch abstattete, ist von der Regierung herzlich empfangen worden und war während seines Aufenthaltes Gegenstand besonderer Aufmerksamkeiten, an denen auch die deutsche Kolonie regen Anteil nahm.

Langsames Abbröckeln des Generalstreiks?

Unbedeutende Zusammenstöße im Hafenviertel und London-Ost.

sx. **London**, 5. 5. (Eigenbericht.)

Die erste Nummer der „British Gazette", des Regierungsorgans, ist soeben erschienen. Die „Times" verkauft ein kleines Notblatt von zwei Seiten Umfang.

In Liverpool sind zwei Kriegsschiffe eingetroffen. Der Dampfer „Majestic" ist nach New York ausgelaufen. Heute sind neun Zeitungen von London aus eingerichtet.

Heute sind wieder keine Zeitungen erschienen. Auch der „Daily Herald" und das kommunistische Streikblatt wurden nicht ausgetragen.

Im Laufe des späten Abends kam es in den Arbeitervierteln von Poplar und Stepney zu den Nähe der Docks zu stärkeren Unruhen, wobei es zahlreiche Verletzte, darunter mehrere Polizisten, gab, die schleunigst in die Hospitäler gebracht werden mußten.

*

Liverpool, 5. 5. (Sonderdienst der DAZ.)

Die Arbeit in der Stadt liegt still, nur der Flüssigkeitsdienst ist in Betrieb. Gestern haben sich mehr als 5000 Freiwillige eingetragen.

*

Birmingham, 5. 5. (Sonderdienst der DAZ.)

Alles ist ruhig. Die Streikbefehle sind durchgeführt worden. Die Bahnhöfe sind geschlossen, weder Straßenbahnen noch Omnibusse verkehren.

*

Manchester, 5. 5. (Sonderdienst der DAZ.)

Im Bezirk von Lancashire ruht die Arbeit. Zwischenfälle sind bisher nicht eingetreten. Die Hafenarbeiten am Kanal liegen still. Die Zeitungen erscheinen nicht.

*

Dublin, 5. 5. (Sonderdienst der DAZ.)

Aus irischen Häfen sind gestern keine Kohlendampfer hier eingelaufen. Der Kanalverkehr wird aufrecht erhalten. Falls der Streik anhält, sollen Kohlen und andere erforderliche Waren vom Festlande beschafft werden.

*

Pontypridd (Südwales), 4. 5. (Sonderdienst der DAZ.)

Hier haben sich bisher nur drei Freiwillige gemeldet. Der ganze öffentliche Transportdienst in dem Kohlendistrikt ist zum Stillstand gebracht worden. Südlich vom Kohlenbezirk liefern an der Küste noch einige Omnibusse. Dagegen hat der Straßenbahnverkehr von Cardiff, Newport und Swansea unterbrochen werden können. Auch lokale Zeitungen konnten in den Mittenbezirken vertrieben werden. Im ganzen Bezirk ist nicht ein einziger Eisenbahner zum Dienst erschienen. Auf dem hiesigen Bahnhof befindet sich außer dem Stationsvorsteher nur noch ein Schreiber.

*

Leeds, 5. 5. (Sonderdienst der DAZ.)

Die Elektrizitätswerke haben nicht nur Licht, sondern auch Kraft für die Fabriken geliefert. Die Textilindustrie konnte daher heute weiterarbeiten. Nur ein einziger Vorortzug konnte gestern abgelassen werden. Die beiden Abendzeitungen sind erschienen.

Generalstreikdebatte im Oberhaus.

sx. **London**, 5. 5. (Eigenbericht).

In der Oberhaussitzung vom Dienstag teilte Lord Salisbury mit, daß die Regierung nur auf den Widerruf des Generalstreiks warte, um sofort die Vermittlung zwischen Bergarbeitern und Grubenbesitzern wieder aufzunehmen. Lord Oxford billigte die Haltung der Regierung. Diese hätte sich vielleicht insofern schuldig gemacht, als sie die Verhandlungen in die Länge gezogen hätte. Gegenüber der Drohung des Generalstreiks hätte es jedoch keine Alternative gegeben. Es sei klar, daß man zum Frieden strebe, er müsse auch, daß

die Regierung jeden verfassungsmäßigen Vorschlag annehmen

würde. Das erste sei, daß der Generalstreik abgebrochen würde. Dann aber müsse die Subsidie, wenn er sie auch grundsätzlich ablehne, für die Dauer des Wiederaufbaus in einer möglichst wenig fehlerhaften Form verlangert werden. Dauernder Friede könne jedoch erst eintreten, wenn die unwirtschaftlich arbeitenden Gruben ausgeschieden würden. Ein Vertreter der Bergwerksbesitzer machte darauf Lord Grainfeld Mitteilung, er vertrete die Ansicht, die Ausrufung des Generalstreiks sei die Folge eines Mißverständnisses. Es entspräche nicht den Tatsachen, daß die Unternehmer der Freitag kein Angebot gemacht hätten.

Die Kündigungen

hätten lediglich die Lohnhöhe angegeben, die nach Ablauf der Staatsunterstützung für die Bergwerke erträglich sein würde; sie hätten aber nicht eine Aussperrung bedeutet. Sobald die Frage des Generalstreiks aus der Welt geschafft sei, könnten die Verhandlungen zwischen Besitzern und Bergarbeitern wieder aufgenommen werden. Lord Londonderry, einer der größten Kohleninteressenten, bestätigte diese Mitteilungen.

Präsident Coolidges Interesse am Streik.

Washington, 5. 5. (Sonderdienst der DAZ.)

Präsident Coolidge begrüßt gestern eine Kabinettssitzung, in der die Folgen des englischen Kohlenstreiks auf den amerikanischen Export erörtert wurden. Der Sprecher des Weißen Hauses lehnte jedoch jede Auskunft ab.

Italien ist mit Kohlen eingedeckt.

fr. **Mailand**, 5. 5. (Eigenbericht.)

Das Interesse, daß man in Italien an englischen Generalstreik nimmt, ist das des unbeteiligten Zuschauers. Von amtlicher Seite wird immer wieder darauf hingewiesen, daß eine Gefahr für die italienische Wirtschaft nicht bestehe. In der Tat zeigt die amtliche Statistik für die ersten beiden Monate dieses Jahres ein starkes Anschwellen der Kohleneinfuhr, und zwar 1,8 Millionen Tonnen gegen 1,3 Millionen Tonnen. Die Staatsbahn ist für fünf Monate eingedeckt; die Privatbahnen sollen ebenfalls gut versorgt sein, und die Industrie macht, wie vor von unterrichteter Seite hören, keine Anschäfuse, so daß die Kohlenpreise in Genua und in Venedig nur wenig angezogen haben.

Pariser Stimmen zum englischen Streik.

a. **Paris**, 5. 5. (Eigenbericht).

Die Blätter sind überfüllt mit Nachrichten aus London. Ein großer Teil der bürgerlichen Korrespondenten erwartet einen kurzen, aber heftigen Kampf, in dem die Regierung die Oberhand behalten dürfte. „Was immer auch das Ergebnis des Streiks sein wird", schreibt der „Matin", „der Verlust für das Land wird ungeheuer sein." Der Ausfall an täglicher Erzeugung betrage allein 2000 Millionen Franken, an Löhnen 750 Millionen Franken täglich. Die Bewegung sei, mit Ausnahme der russischen Revolution,

der größte soziale Konflikt,

der in der Geschichte zu verzeichnen sei. Der „Petit Parisien" berichtet, daß die anfänglichen Sympathien für die Bergarbeiter sich in dem Augenblick geändert hätten, als der Kampf sichtbar zu einer Machtprobe zwischen der verfassungsmäßigen Regierung und dem Generalrat der Gewerkschaften wurde. Der Durchschnittsengländer sehe jetzt in der Bewegung einen Angriff auf die Verfassung des Vereinigten Königreichs und stelle sich nunmehr entschlossen auf seiten der „Gegenrevolutionäre". Man könne daher sagen, daß bis jetzt zum mindesten die Regierungen von der Mehrheit der großen Masse unterstützt würde.

Der politische Leiter des „Figaro" ist der Ansicht, die englische Streikbewegung, soweit sie revolutionäre Ziele verfolge, werde auf keinen Fall den Sieg davontragen. Eine Revolution gelinge nur dann, wenn sich die Regierung dazu hergebe oder auf den Widerstand verzichte. Dies treffe aber bei der englischen Regierung nicht zu. Die Streikenden stießen bei ihr auf

einen entschlossenen Widerstand,

der von den zwei führenden politischen Parteien, den Konservativen und den Liberalen, in vollem Umfange gebilligt werde. Es sei aber ebenfalls ein historisches Gesetz, daß eine Revolution nur dann Erfolg habe, wenn es den Revolutionären gelinge, die in der Macht Befindlichen von denen zu trennen, die ihre beste Stütze wären.

In den Kreisen des „Echo de Paris" und des „Avenir" begnügt man nicht minder den Sieg der verfassungsmäßigen Regierung. Die geschulte und disziplinierte Auffassung der englischen Bürger hätte nicht immer die Fehler und Schwächen der Regierung ausgeglichen. Wenn die Streikbewegung nicht in einigen Tagen einen bitterartigen Erfolg zu verzeichnen habe, werde sie allmählich im Sande verlaufen.

Auf der Linken ist man der Ansicht, der Generalstreik werde

die furchtbare wirtschaftliche Krise,

von der England heimgesucht sei, nur noch verschärfen; man scheint mit Genugtuung die weitere Entwicklung der Ereignisse abzuwarten. Die These der englischen Regierung, daß die rechtmäßige Regierung einer ungesetzlichen gegenüberstehe und daß es sich in Wahrheit um einen Schachzug Moskaus handele, wird abgelehnt. Die Hauptursache der Störung des innerpolitischen Gleichgewichts in England sei die mangelhafte Stabilisierung des Pfundes, betont das „Oeuvre", wofür England noch grausam werde büßen müssen. Der „Quotidien" schreibt: „Nein, die Wahrheit ist, daß England mit einem etwas kindischen Hochmut der Ansicht war, daß es sich den wirtschaftlichen Gesetzen der Krisis werde entziehen können sowie den Unruhen und Erschütterungen, die der Krieg allen Ländern gebracht hat. Das erforderte seine traditionelle Politik, die Stirn dafür bietet sich nicht aus."

Ein englischer Großindustrieller äußerte sich vor seiner Abreise auf dem Flugplatz von Bourget dahin, England verliere in diesem Kampf mindestens 30 Milliarden Franken, was den Kosten eines richtigen Krieges gleichkomme. Dabei könnte man noch gar nicht die weiteren Folgen des Kampfes, wie den Verlust von Absatzgebieten, Eingehen von Unternehmungen, Besitzerwechsel der Erzgruben usw. absehen. Die englischen Bürger seien sich der Tragweite der Bewegung vollkommen bewußt. Sie arbeiteten entschlossen für den Sieg, oder sie wüßten auch, daß selbst wenn es ihnen gelinge, diese Krise nach ihren Wünschen zu lösen, sich die nächste Krisis schon vorbereite.

Der Ausbruch des englischen Generalstreiks hat im übrigen in seiner Weise

die heimende Tendenz der fremden Devisen

geändert, die im Gegenteil neuerlich angegen. Das englische Pfund, das gestern offiziell mit 148,45 abschloß, verzeichnete an der Nachbörse um 6 Uhr abends einen Kurs von 149,60, also eine Hausse um 1,15 Punkten, gegenüber dem Vorabend. Es machten sich stärkere Käufe des französischen Franken auf Rechnung von Brüssel zur Aufrechterhaltung der Parität des belgischen Franken mit dem französischen festgestellt, sowie auch bedeutende Abgaben von Devisen des Festlandes zugunsten von englischen Banken.

Das Büro der allgemeinen Arbeitergewerkschaft (C. G. T.), das gestern abend zur Besprechung der Lage im englischen Streik die Vertreter der Gruppen der Bergleute, der Eisenbahnarbeiter, der Hafenarbeiter und der Seeleute eingeladen hatte, übermittelte der Presse folgende Erklärung: „Die Gewerkschaften der Bergleute, Eisenbahner, Hafenarbeiter und Seeleute fordern alle ihre Sektionen auf, aufmerksam die Generalstreikbewegung in England zu verfolgen, zu der die englischen Arbeiter gezwungen wurden zur Verteidigung zweier Fragen, die der Arbeiterklasse besonders am Herzen liegen,

Lohn und Arbeitsdauerung.

Alle Sektionsleiter werden aufgefordert, die notwendige Propaganda bei ihren Mitgliedern zu betreiben, damit sich diese durch keinerlei Manöver verleiten lassen, die den Erfolg der Bewegung der englischen Kameraden beeinträchtigen könnten." Die Sektionsleiter werden weiterhin aufgefordert, in ständiger Verbindung mit dem Büro der C. G. T. zu bleiben, sowohl für den Informationsdienst, als auch zur Organisierung des Widerstandes.

Sympathiestreik in Frankreich.

Paris, 5. 5.

Das „Journal" meldet, 2000 Arbeiter einer Autofabrik in St. Ouen bei Paris seien gestern aus Sympathie für die Streikenden in England in den Ausstand getreten. Die Delegierten der Metall- und Maschinenindustrie, die der Streikversammlung beiwohnten, hätten versprochen, sich solidarisch zu verhalten und zu verlassen, die verschiedenen Gewerkschaften Moskauer Richtung in diese Bewegung hineinzuziehen.

*

kbg. **Wien**, 5. 5. (Eigenbericht).

Die österreichischen Metallarbeiter haben eine Sympathiekundgebung für die englischen Streikenden beschlossen. Die Schweizer Bergarbeiter werden den englischen Streik zunächst mit Zuschauerhaltung beobachten. Eine in den nächsten Tagen stattfindende Exekutivsitzung des Bergarbeiterverbandes wird beschließen, daß mit den schärfsten Mitteln der englische Streik unterstützt werden solle, falls irgendeine Aktion zum Schaden der englischen Streikenden erfolgen sollte.

Um die neuen Ostverträge.

Italienische Ansicht über Tragweite des Berliner Vertrages.

fr. **Mailand**, 5. 5. (Eigenbericht.)

Eine römische Nachrichtenagentur hat sich von einem hohen Beamten des Auswärtigen Amtes die italienische Auffassung über den deutsch-russischen Vertrag auseinandersetzen lassen. „Italien", so sagt der Gewährsmann, „betrachtet den deutsch-russischen Vertrag als ein

politisches Ereignis von außerordentlicher Bedeutung,

dessen Tragweite sich noch beträchtlich ausdehnen kann. Man glaubt aber keineswegs daran, die dem Vertrag eine antitürkische oder antiitalienische Aufgabe beilegen wollen. Im Augenblick handelt es sich um einen politischen Block mit großen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten, der vor allem einmal einen bestimmten Geisteszustand andeutet. Zwei große und starke Nationen, die nicht nur zahlreiche gemeinsame Interessen haben, sondern sich unter besonderen historischen Umständen finden, haben das Bedürfnis, sich näher aneinander anzuschließen. Dieser Block erscheint schon seit geraumer Zeit für alle Beobachter natürlich und unvermeidbar, denn in den verantwortlichen Stellen Italiens betrachtet man das Entstehen dieses Blocks ohne Aufregung oder mit allem notwendigen Interesse, insofern es für Rußland und Deutschland eine geeignete und weitausschauende Vorbereitung für spätere Entwicklungen bedeutet.

Sehr scharf wendet sich dann die Aeußerung des diplomatischen Beamten gegen die Auffassung, die in einigen italienischen Zeitungen, besonders in der „Tribuna", zum Ausdruck gekommen war, daß man nämlich in Italien den deutsch-russischen Vertrag als einen Schlag gegen den Völkerbund begrüßen würde. Dieser Standpunkt wird als leichtfertig abgetan,

weil Italien eine hervorragende Rolle im Völkerbund spiele.

Keineswegs diese es gute Miene zu einer Schwächung des Völkerbundes machen.

Der polnisch-rumänische Vertrag wird als ein Ereignis von rein lokaler Bedeutung abgetan, da er nur die rumänische Grenze angingt, und da er weder in näherer oder fernerer Zukunft Interesse in Italien hervorzurufen geeignet wäre.

Diese Beurteilung des polnisch-rumänischen Vertrages ist offensichtlich falsch, denn von der Erneuerung des Vertrages auf die russische Grenze kann nach unserer Auffassung wohl keine Rede mehr sein. Man muß aber bedenken, daß Polen einerseits zu Rußland gute Beziehungen unterhält und daher in Rumänien der Gefahren nicht getan hat, ihm seinen bessarabischen Besitz zu garantieren, andererseits aber zu Polen freundliche Verbindung hält, denn es gerne eine wirtschaftliche Unterlage geben möchte, die bisher noch nicht recht vorhanden ist.

Die Tagesordnung der Ratsreform-Kommission.

sch. **Genf**, 5. 5. (Eigenbericht).

Aus sonst gut informierten Völkerbundskreisen höre ich, daß die Montag zusammentretende Ratsreformkommission sich mit dem deutsch-russischen Vertrag nicht beschäftigen werde, sondern nur mit dem ihr ursprünglich zugedachten Programm, also mit der Zahl der ständigen Sitze, der Zahl der Beisitzer und der Amtsdauer der nichtständigen, ferner mit der Frage der für die Ratsbeschlüsse erforderlichen Einstimmigkeit. Diese Abschwächung des Programms der Kommission vereint sich ganz gut mit den letzten Nachrichten, daß Benesch nicht persönlich erscheinen werde. Der Vorsitz würde in diesem Fall wahrscheinlich dem japanischen Vertreter zufallen, weil in der Zeit vom 8. März bis 7. Juni Japan den Vorsitz im Rat führt. Aus dem gleichen Grunde hat man die Ratskommission für die Abrüstung Anfang Dezember Paul-Boncour präsidieren lassen, da in diesem Zeitraum Frankreich Ratsvormacht war.

*

sch. **Genf**, 5. 5. (Eigenbericht.)

Zur Abfassung der Instruktion für Bundesrat Motta, den schweizerischen Delegierten in der Studienkommission für Ratsreform, versammelt sich der schweizerische Gesamtbundesrat am Donnerstag. Man hat vielleicht, daß diese Instruktion einer mäßigen Vermehrung der nichtständigen Sitze sich nicht widersetzen wird.

Die „Norge" verläßt Leningrad.

Leningrad, 5. 5.

Das Polschiff „Norge" ist heute vormittag 9,38 Uhr nach Spitzbergen abgeflogen.

Das Kabinett zur Flaggenverordnung.

Neue Besprechungen der Parteiführer beim Kanzler.

Das Reichskabinett beschäftigte sich Mittwoch mittag mit dem neuen „Flaggenerlaß". Reichskanzler Dr. Luther berichtete über die inzwischen von den Fraktionen der Sozialdemokraten, der Demokraten und des Zentrums bei ihm unternommenen Schritte, die darauf abzielen, die in Aussicht genommene Verordnung über den Flaggengebrauch bei den Auslandsmissionen zu verhindern. In Kreisen, die der Regierung nahestehen, hält man es für unmöglich, daß die Regierung ihre Absicht aufgeben könne, zumal darüber bereits ein einstimmig gefaßter Beschluß vorliegt. Von einer „Rückziehung" der Verordnung, wie sie manche übereifrige Parlamentarier fordern, kann schon deswegen keine Rede sein, wei sie — überhaupt noch nicht unterschrieben ist. Allenfalls könnte erwogen werden, den Termin des Inkrafttretens einstweilen hinauszuschieben, weil man aus irgendwelchen Erwägungen die Ausrollung der Flaggenfrage überhaupt, und sei es auch nur im kleinen Ausschnitt einer Verwaltungsmaßnahme, vermeiden möchte. Diese Version wird in parlamentarischen Kreisen kolportiert.

Zur Reichstagsdatum hat die gestrige Aufregung im übrigen einigermaßen gelegt. Die opponierenden Fraktionen der Regierungskoalition haben inzwischen die Entdeckung gemacht, daß im Grunde ihre eigenen Minister die Schuldigen sind, weil die es verfäumt haben, die Fraktionen über eine längst laufende Angelegenheit zu unterrichten.

Auf der Rechten wird deshalb scherzhaft gefragt, ob das Zentrum und die Demokraten beabsichtigen, ein Mißtrauensvotum gegen die ihnen angehörigen Kabinettsmitglieder einzubringen. Als amüsantes Zwischenspiel sei verzeichnet, daß eine Abordnung des Reichsbanners die Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokratie, der Demokraten und des Zentrums, also auch den Reichsjustizminister Dr. Marx (der dem Verordnungsentwurf zugestimmt hat), zur Beteiligung an einer Kundgebung für Schwarz-rot-gold am Mittwochabend aufforderte.

Der Reichskanzler hat die Parteiführer für Nachmittag 2½ Uhr zu sich gebeten, um sie über die Stellungnahme des Kabinetts zu der ganzen Angelegenheit zu informieren.

Wieder einmal „Mißtrauen".

Das gebannte Verhältnis zwischen Regierung und Regierungsparteien wird beleuchtet durch Vorgänge im Haushaltsausschuß des Reichstags, bei denen wieder einmal Mißtrauen gegen Absichten des Kabinetts geäußert wurde. Es handelte sich um die Beratung eines Antrags des Reichswirtschaftsministers und Reichsfinanzministers betreffend Uebernahme eines Ausfalls- und Liquiditätsbürgschaft für die deutsche Flachswirtschaft gestellt haben, sowie um einen Antrag des Reichsernährungsministers betreffend Uebernahme einer Garantie zur Erhaltung des deutschen Traktorenbaues.

Der Ausschußvorsitzende Heimann (Soz.) bemerkte zur bisherigen Behandlung beider Anträge, daß, wenn diese dem Wunsche der Regierung entsprechend auf Grund des § 2a des Etatsgesetzes erledigt werden sollten, es überhaupt keine wirtschaftliche Vorlage mehr geben werde, die nicht genau ebenso motiviert im Ausschuß zur Erledigung gebracht werden könne. Trotz dringenden Ersuchens solle noch jede Aussetzung über Art und Höhe der Garantien und der gewährten Kredite. Hier scheine der Ausschuß von Bestrebungen vorzugleiten, den Reichstag über ausschließlich wichtige Pläne im Dunkeln zu halten. Der Vorsitzende schlug vor, seine Vorlage über Garantie- oder Kreditübernahme mehr zu behandeln, bis diese Nachweise vorliegen.

Obwohl Staatssekretär Dr. Fischer darum bat, jedes Mißtrauen gegen das Reichsfinanzministerium fallen zu lassen, erklärte er sogar bis ins einzelne gehende Auskunft über die gewährten Bürgschaften zu geben versuchte, blieben trotzdem die Vertreter der Linken und der Regierungsparteien bei ihrem Mißtrauen. Die Beratung der beiden Anträge wurde abgebrochen und die Entscheidung vertagt, bis das Reichsfinanzministerium dem Ausschuß eine ausführliche Darlegung seiner Stellungnahme in schriftlicher Form zugestellt hat.

Zum Schluß der Sitzung gab ein Vertreter des Finanzministeriums eine Erklärung zur Abwicklung von Fürsorgemaßnahmen aus Anlaß des Ruhreinbruchs ab. Es wurde beantragt, die Angelegenheit einem Unterausschuß zu überweisen, der die Finanzierung des Ruhrkampfes im einzelnen nachprüfen soll. Dieser Antrag wurde aber wegen der Ausschlußfrist eines solchen Untersuchens abgelehnt.

*

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen neuen Vorstoß gegen Reichsfinanzminister Dr. Reinhold unternommen. Sie beantragt die vom Reichsfinanzminister im Verordnungswege vorgenommene Ermäßigung der Umsatzsteuer rückgängig zu machen. Sie beantragt darüber hinaus die Bestimmung des Kapitalertragsgesetzes, die das Finanzministerium zu solchen Verordnungen berechtigt, gleichzeitig aufzuheben.

Bulgarien—Aegypten.

Neue diplomatische Verbindungen.

t. **Sofia**, 5. 5. (Eigenbericht.)

Zar Boris empfing in feierlicher Audienz unter dem üblichen Zeremoniell den ersten Gesandten Aegyptens in Bulgarien, Mohamed Hedaia Pascha, der die Beglaubigungsschreiben König Fuads überreichte. Der Audienz wohnte der Ministerpräsident Liapitschef bei. Der Gesandte hob in seiner Antrittsrede hervor, daß die großen Naturreichtümer Bulgariens und Aegyptens die Grundlage für eine segensreiche gemeinsame Arbeit zum Nutzen der Bevölkerung beider Länder seien. Der Zar begrüßte herzlich den neuen Gesandten als ersten Vertreter Aegyptens in Bulgarien.

England und der Berliner Vertrag.

Von unserem Berichterstatter.

sx. **London**, Anfang Mai.

Eine Karikatur des „Punch": Am Kreuzweg stehen zwei Wirtshäuser. Der Wirt zum „Roten Bären" stellt einem deutschen Bauern, der sich vor seinem Schank ausruht, eine Flasche Wodka auf den Tisch. Die magere Wirtin „Zum Völkerbund" hat Angst, daß sie auf ihrem Locarno-Spirit sitzen bleibt, der in verkorkten Flaschen hinter verschlossenen Fensterscheiben steht. „Hallo, Bauer, was hast du denn da drüben zu suchen?" — „Prost", sagt der Bauer, „aber denkt du, ich kann auf September warten, bis ich was zu trinken kriege?"

Falsch oder richtig — aber die Auffassung, die Berliner Vertrages hat, ist ebenso. Zwar andern alle deutschen Mitteilungen nichts, daß schon seit Jahren verhandelt wird, und daß Luther und Stresemann, solange die Locarnopolitik schwebt, immer wieder die Regelung des baltischen Problems betont haben. Der Engländer schwört darauf, daß Deutschland durch die Unterzeichnung des Locarnovertrages sich auf die westliche Orientierung verpflichtet hat. Und wenn das tatsächlich von Deutschland gelegnet wird, so sieht es doch in der „Times" und muß also richtig sein. Erst jetzt, wo die Tatsachen vorliegen, sieht man, daß es besser gewesen wäre, die deutschen Absichten so hinzumalen, wie sie ausgesprochen wurden. Man steht plötzlich vor einer „neuen Situation", weil man sich so lange Selbsttäuschungen vorgemacht hat. Das würde allein schon genügen, sich etwas unwohl zu fühlen. Das ist die eine, die grundsätzliche Seite dieser Besorgnis. Die andere ist mehr delikat und taktisch und hängt mit Chamberlain und dem Scheitern der Genfer Konferenz zusammen.

Man muß diese beiden Punkte unterscheiden. Während der zweite durch die Geschäftsleit der Völkerbundsdiplomaten in den nächsten Monaten im Vordergrund stehen wird, so wird doch der Berliner Vertrag eine wesentlichere Bedeutung für England haben, was den ersten Punkt betrifft, die grundsätzliche Stellung Englands zu Rußland überhaupt. Wenn sich Chamberlain nicht in seine augenblickliche delikate Sonderstellung hineinmanövriert hätte, würde England den Berliner Vertrag sehr viel ruhiger beurteilen. Das Bolschewistengesetzes hat hier in den achtzehn Monaten der konservativen Regierung sowieso schon nachgelassen. Selbst in diesem Augenblick schweigen nach „Morning Post" und „Daily Mail", die bei einer ähnlichen Gelegenheit früher aus ihrem Archiv eine Statistik bolschewistischer Greueltaten herausgeholt hätten. Nur die „Times" macht einen Seitensprung, wenn sie von Bolschewisten statt von der Sowjetregierung spricht. Aber auch das nur in einer Zwischenbemerkung. Wenn irgendwo eine Möglichkeit liegt, daß der Berliner Vertrag den Frieden bedroht, dann würde sie allerdings darin liegen, daß England diesen Vertrag zum Anlaß nehme, sich wieder in die Hallizinationsvorstellung hineinzujaggeren, daß der russische Bär heute oder morgen das Empire zerschmettern.

Eine solche negative Angstpolitik könnte allerdings die Mittelrovlle Deutschlands nicht verstehen. England hat aber inzwischen gelernt, nüchterner zu denken als zu den Zeiten Gladstones und Disraelis. Wenn das in der öffentlichen Meinung in diesem Augenblick nicht positiver zum Ausdruck kommt, so liegt das wieder nur an der unglückseligen Verbindung mit dem Scheitern der Genfer Konferenz und dem Gefühl des Unbehagens, daß eine andere Leitung der englischen Außenpolitik diese angebliche Wendung der deutschen Politik hätte verhindern können. Auch das ist natürlich falsch, ist aber hier als selbstverständlich und also bei der Beurteilung der Lage berücksichtigt werden. Ein bekannter Diplomat hier wurde noch seinem Urteil über den Berliner Vertrag gefragt und sagte nichts weiter, als daß England morgen oder übermorgen genau denselben Vertrag mit Rußland abschließen könnte. Das ist noch Zukunftsmusik, aber in der Tendenz richtig. Schimpfen auf die bolschewistische Agitation gegen England in China, Indien oder Aegypten ist noch keine Politik. England weiß heute, daß es sich irgendwie mit Rußland arrangieren muß. Als kürzlich die amerikanische Handelsgesellschaft eine Auftrardrend große Ausfuhr nach Rußland meldete, wurden selbst die Diehards mobil. Die Entwicklung der russisch-französischen Schulden- und Wirtschaftsverhandlungen wird in allen Einzelheiten verfolgt. Kurz vor Ostern machte Churchill im Unterhaus einen deutlichen Vorstoß, endlich auch die englisch-russischen Verhandlungen wieder in Gang zu bringen. Konferenzvorschläge Chamberlains machen eine Studienreise durch Rußland. Schließlich gibt es im Foreign Office außer der Völkerbundsabteilung natürlich auch Leute, die von Amts wegen für die Beziehungen zu Rußland verantwortlich sind, und die es begrüßen, wenn der deutsch-russische Vorgang die Prestigefrage aus der Welt schaffen könnte, die immer noch dem Beginn der russischen Verhandlungen entgegenstehen. Sachlich sind die Meinungsverschiedenheiten nicht mehr unüberwindbar. Eine Zahlung auf der Basis des italienisch-englischen Schuldenabkommens, wie sie Churchill im Unterhaus gemacht hat, wird Rußland nicht verweigern. Auch in der Anleihefrage, an der die Ratifikation des Mac-Donald-Abkommens scheiterte, ist die City anderer Meinung geworden. Die beste Propaganda sind die alle acht Tage wiederkehrenden Meldungen der englischen Presse von dem unmittelbar bevorstehenden ökonomischen Zusammenbruch Sowjetrußlands. Jetzt hat man das Vorbild der Sachsenanleihe und sagt sich schließlich, daß ein so kapitalarmes